

Österreich, Polen und Europa – Hoffnungen, Erfahrungen, Herausforderungen

Egon Kapellari*

* In seiner Eigenschaft als Europareferent der Österreichischen Bischofskonferenz war Diözesanbischof Dr. Egon Kapellari eingeladen, am 14. Mai 2001 diesen Vortrag an der Katholischen Universität Lublin, Polen, zu halten.

I. Vorbemerkungen

Das Thema "Europa" führt uns heute in Lublin – in der Mitte Europas – zusammen. Wir verweilen hier besonders auch im Gedenken an den Papst aus Polen, Johannes Paul II., der eine wahrhaft europäische Gestalt ist. Und wir tun dies in Dankbarkeit dafür, daß gestern vor 20 Jahren ein gegen ihn gerichtetes todbringendes Attentat gescheitert ist. Die Entwicklung der Idee eines vereinten Europa hat seitens des Heiligen Stuhls schon zur Zeit der Gründerväter Robert Schuman, Alcide de Gasperi, Jean Monnet und Konrad Adenauer durch Papst Pius XII. zahlreiche Impulse erfahren. Dieser Papst hat die Sehnsucht der Menschen, es möge nach den Verwüstungen durch den Zweiten Weltkrieg und vor der neuen Teilung des Kontinents durch die Politik des Kommunismus ein neues Europa entstehen, immer wieder eindrucksvoll zur Sprache gebracht und kann daher selbst als ein solcher Gründervater bezeichnet werden. Der gegenwärtige Papst hat die Schubkraft des kirchlichen Einsatzes für eine europäische Integration gewaltig verstärkt. Seine Kraft ist besonders auch eine Frucht des Leidens des polnischen Volkes durch den Nationalsozialismus und den Kommunismus.

Ich bin eingeladen worden, vor diesem illustren Forum über Hoffnungen, Erfahrungen und Herausforderungen betreffend das Projekt einer zunehmenden Einigung Europas aus der Perspektive eines Bischofs aus Österreich zu sprechen. Österreich galt bis vor zwei Jahren als ein Musterland im Ensemble der Europäischen Union. Ein Regierungswechsel hat dann im Ausland den Eindruck erweckt, die Politik Österreichs habe den Standard westeuropäischer Demokratien preisgegeben. Eine der Hauptursachen dafür war die besonders auch von der Kirche kritisierte populistische Rhetorik einer der neuen Regierungsparteien. Die anderen EU-Staaten haben dann versucht, Österreich international zu isolieren. Indessen haben sich die Nebel gelichtet. Österreich zeigt sich wieder als ein Staat mit Vorzügen und Fehlern, die im europäischen Vergleich bestehen können, und die Europäische Union hat verstanden, daß man die relative Autonomie ihrer Mitglieder stärker beachten und achten muß. Österreich war durch Jahrhunderte ein Brückenland in Europa: ein Raum der Begegnung zwischen Nord und Süd, Ost und West. Die Österreichische

Donaumonarchie hat trotz ihrer strukturellen Defizite und politischen Fehler viel von dem verwirklicht, was unter heutigen Voraussetzungen viele Menschen von einer noch besser entwickelten Europäischen Union und deren Assoziationen mit anderen europäischen Staaten erwarten. Der Papst hat bei seinen drei Besuchen in Österreich immer wieder auf die Chance und den Auftrag Österreichs verwiesen, im mitteleuropäischen Raum ein Land integrierender Vermittlung zu sein.

Meine neue Bischofsstadt Graz und das sie umgebende Land Steiermark waren durch Jahrhunderte eine bedeutsame europäische Adresse mit Ausstrahlung weit hinein in den südosteuropäischen Raum. Die Kirche von Graz versucht heute, diese Tradition mit neuer Kraft fortzusetzen. Für das Jahr 2003 ist Graz der Rang einer Kulturhauptstadt Europas zugesprochen. Dies ist für die Kirche eine Herausforderung, sich als eine gestaltende Kraft auch inmitten der heutigen Lebenskultur und der Kunst als Kultur im engeren Sinne dieses Wortes zu erweisen.

Für die ehrende Einladung nach Lublin und an seine in der ganzen katholischen Welt bekannte und geachtete Katholische Universität danke ich und überbringe Grüße des österreichischen Episkopates und besonders des Erzbischofs von Wien, Kardinal Christoph Schönborn. Die Geschichte Polens und die Geschichte Österreichs, zumal Wiens, sind auf vielfältigste Weise miteinander verbunden. Unvergessen ist und bleibt in Österreich die Errettung Wiens vor der Eroberung durch ein türkisches Heer im Jahr 1683 durch die entscheidende Hilfe des polnischen Königs Johann Sobieski. In diesem Zusammenhang darf aber auch das große Leid nicht vergessen werden, das Polen durch die Beteiligung Österreichs an seinen Teilungen auferlegt wurde, wenn auch die Kaiserin Maria Theresia der ersten Teilung Polens nur unter Tränen zugestimmt hat und wenn auch die österreichische Herrschaft im Vergleich zur Politik Rußlands und Preußens bedeutend milder war und z.B. im Justiz- und Schulwesen Fortschritte erbracht hat. Schon gar darf aber hier nicht vergessen werden, was Polen zur Zeit des Nationalsozialismus auch durch Verantwortliche aus Österreich an ungeheurem Bösen angetan worden ist.

Die Beziehungen zwischen Österreich und Polen sind nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem auf kirchlicher Ebene stetig gewachsen, sind immer zahlreicher und dichter geworden. Kardinal Schönborn hat vor kurzem gesagt, daß die sogenannte "Osterweiterung" der Europäischen Union – wir sprechen mit dem Heiligen Vater lieber, weil angemessener, von "Europäisierung der Europäischen Union" – innerhalb der Kirche schon vollzogen ist. Es gibt zahlreiche Partnerschaften zwischen Westen und Osten, von denen viele weit hinter das Wendejahr 1989 zurückreichen. Ich erinnere hier in Auswahl an die bis heute dauernde segensreiche Tätigkeit der Stiftung "Janineum" in Wien.

II. Österreich und die Europäische Union

Wenn heute in Österreich oder Deutschland von Europa gesprochen wird, dann geht es meist nur um Fragen der Europäischen Union, und da wieder vor allem um wirtschaftliche und daraus resultierende politische Fragen. Weitaus seltener werden Fragen einer gemeinsamen europäischen Wertordnung angesprochen. Immerhin hat die in Nizza approbierte Grundrechtecharta der Europäischen Union einige fundamentale ethische Diskussionen ausgelöst. Und das neue holländische Gesetz zur Legitimierung der Tötung auf Verlangen hat auch in Österreich einen Chor von Stimmen wachgerufen, die sagen, daß die Niederlande sich damit aus einer gemeinsamen europäischen Wertordnung entfernt haben. Es waren die Stimmen von Politikern, aber auch von Journalisten und selbstverständlich die Stimmen der Bischöfe. Demoskopische Untersuchungen haben aber erschreckenderweise ergeben, daß ein Großteil der Bevölkerung Österreichs in Konsequenz eines diffusen Gefühls von Mitleid ein Recht auf Selbstmord und auf Hilfe dazu akzeptiert. Dies ist eine ungeheure Herausforderung für die Kirche in unserem Land. Geduldige Argumentation und dazwischen auch prophetische Schelte müssen zum Einsatz kommen, um der Zivilgesellschaft deutlich zu machen, daß es beim Kampf der Kirche um den Schutz des Lebens und der Würde des Menschen – des geborenen und noch nicht geborenen, des behinderten und des entfalteten Menschen – nicht bloß um eine katholische Sondernormal geht, sondern daß hier für jeden Zeitgenossen der Spruch „Tua res agitur“ in Geltung ist. Wenn diese Interventionen der Kirche für eine umfassende Kultur des Lebens vergeblich sein sollten, dann wird die Zivilgesellschaft durch Leiden lernen müssen, daß manche Wege der Moderne Sackgassen sind und daß eine rasche Umkehr – auch betreffend einige Praktiken der Biotechnik und Biomedizin – dringend geboten wäre.

Eine der in Österreich und Deutschland jetzt besonders oft gestellten Fragen betreffend das Projekt einer zunehmenden Einigung Europas betrifft die Geschwindigkeit der territorialen Erweiterung der Europäischen Union unter Einschluß von Polen als dem mit 38 Millionen Einwohnern größten dafür in Frage stehenden Land. Die österreichischen Bischöfe haben bei ihrer jüngsten Konferenz in Mariazell an die politischen und gesellschaftlichen Kräfte in Österreich appelliert, sie mögen der Mitarbeit an der weitergehenden Einigung Europas Vorrang einräumen. Die Bischöfe haben damit auch einer Intention des Heiligen Vaters entsprochen, der am 20. Juni 1998 vor Politikern und Diplomaten in der Wiener Hofburg darauf verwiesen hat, daß auch in Österreich „wenige Jahre nach dem Votum der Österreicher für den Beitritt zur Europäischen Union Europa-Skeptizismus und Frustration um sich greifen“. Wien sei dennoch Zentrum vieler Hoffnungen, vor allem für jene Länder, die Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union aufgenommen haben. Wörtlich sagte der Papst: „Ich hoffe, daß Schritte gelingen, um den Westen und den Osten dieses Kontinents einander näher zu bringen, jene beiden Lungen, ohne die Europa nicht atmen kann.“ Und er fügte hinzu: „Die Verschiedenheit der östlichen und westlichen Traditionen wird die Kultur Europas bereichern sowie durch deren Bewahrung und gegenseitige Ausleuchtung als Grundlage für

die ersehnte geistige Erneuerung dienen. Deshalb sollte weniger von einer Osterweiterung als vielmehr von einer Europäisierung der Europäischen Union gesprochen werden.“

Die Bischöfe Österreichs haben für ihr Eintreten zugunsten einer rascheren Integration der sogenannten Kandidatenländer in die Europäische Union auch Kritik wachgerufen. Man hat sie sogar als "Einpeitscher" im Dienst eines Projekts bezeichnet, das der Kirche und ihrem Auftrag zur Evangelisierung ohnedies nur schade, wie ein Blick auf die neue Grundrechtecharta der Europäischen Union zeigen könne. Die Bischöfe werden sich durch solche Stimmungen gewiß nicht zum Schweigen bringen lassen. Diese Stimmen zeigen aber, daß nicht nur die Regierungen, sondern auch die Kirche der Bevölkerung viel Information und Motivation geben muß, damit die berechtigte Kritik an Defiziten und Fehlern der Europäischen Union nicht die Hoffnungen zerstören kann, die für den Papst und für uns alle mit dem Projekt einer zunehmenden europäischen Integration verbunden sind.

Neuerdings haben die Regierungen Deutschlands und Österreichs eine siebenjährige Übergangsfrist bis zur Schaffung eines freien Arbeitsmarktes unter Einschluß der neuen Mitgliedsländer gefordert. Dies hat begreiflicherweise Enttäuschung, besonders auch in Polen, bewirkt. Außenminister Wladyslaw Bartoszewski, der mit Österreich besonders verbunden ist, hat schon im November vorigen Jahres kritisch angemerkt, man habe in Wien seit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union die Chance außer Acht gelassen, Österreichs Rolle im Donaauraum aktiver zu nutzen. Diese Kritik stimmt mit vielen Stimmen in Österreich überein.

Interessenvertreter von Arbeitnehmern in Österreich und Deutschland befürchten, daß Pendlers aus EU-Kandidatenländern mit niedrigen Löhnen zufrieden sein und daher heimische Arbeitskräfte vom Arbeitsplatz verdrängen könnten. Die Regierungen sind sensibel für diese Befürchtungen. Da Portugal und Spanien bei ihrem Eintritt in die Europäische Union auch lange Übergangsfristen auferlegt bekamen, die dann wegen der günstigen Wirtschaftsentwicklung stark verkürzt wurden, sollte man vielleicht auch in Polen diesbezüglich nicht allzu besorgt sein. Es ist in diesem Zusammenhang nicht zu vergessen, daß Polen und andere Länder auch von der Europäischen Union viele Übergangsregelungen erwarten.

Trotz aller Kritik an vielen Details der Entwicklung und des gegenwärtigen Zustands der Europäischen Union und trotz aller Reduzierung der Europa-Euphorie dominiert in Österreich die Überzeugung, daß der begonnene Prozeß der zunehmenden Integration Europas irreversibel ist. Vor kurzem hat zum Beispiel der Bürgermeister von Wien nachdrücklich gesagt, daß die Erweiterung der Europäischen Union eine große Aufwertung für Wien als Donaumetropole bewirken wird. Christen, die über viel politische und kulturelle Sachkompetenz verfügen, sollten sich durch Zuspruch, aber auch durch kompetente Kritik am Prozeß der europäischen Integration nach Kräften beteiligen. Die österreichischen Bischöfe haben vor dem Plebiszit über einen Beitritt

Österreichs zur Europäischen Union im Jahr 1994 zwar keine direkte Empfehlung für ein Ja zu diesem Schritt gegeben. Sie haben aber nachdrücklich darauf verwiesen, daß Europa besonders nach dem Wendejahr 1989 ein großer Bauplatz geworden ist, auf welchem die Christen und ihre Gemeinschaften gestaltend mitbauen sollen. Die Zustimmung der Bevölkerung war mit zwei Drittel der abgegebenen Stimmen im internationalen Vergleich sehr hoch, und die Kirche hatte daran gewiß einen großen Anteil.

Hinter allen – oft sehr bedrängenden – tagespolitischen Themen betreffend die Europäische Union, wie z.B. Fragen der Agrarpolitik, des Arbeitsmarktes und der Migration, dürfen in Österreich und im gesamten Raum der Europäischen Union fundamentalere Fragen nicht verschwiegen oder gar vergessen werden. Es sind Fragen der Philosophie, der Religion – Fragen der Ethik und der Spiritualität. Die Suspendierung solcher Fragen würde jenen Euro-Skeptizismus und jene Frustration verstärken, zu deren Überwindung der Heilige Vater im Jahr 1998 bei seinem dritten Österreichbesuch in Wien aufgerufen hat. Man kann diese Fragen und ihre vielen Themen den zwei umfassenderen Fragen "Welches Europa haben wir?" und "Welches Europa wollen wir?" zuordnen.

III. Welches Europa haben wir?

Europa ist geographisch nur eine riesige Halbinsel im Verbund "Eurasien". Ein eigener von Asien abgehobener Erdteil ist es nur kraft seiner Prägung durch Geschichte und Kultur. Dadurch wurde der europäische Kontinent vor allem in der Neuzeit zum Zentrum von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik – zu jenem Teil der Erde, in dem sich "auf engstem Raum die höchste Kraft des Völkerlebens" zusammendrängte (W. Schulz). Der französische Philosoph Remi Brague ist der Überzeugung, daß Europa seinen Aufstieg eben seiner geographischen Randlage verdankt.

Europa ist nicht die Wiege der großen Weltreligionen, auch nicht die Wiege des Christentums. Das Christentum hat aber in seiner bisherigen Geschichte Europa länger und stärker geprägt als alle anderen Kontinente und wird hier trotz mancher Krisen weiter besonders prägend bleiben. Andere tragende und nährenden Wurzeln Europas dürfen nicht vergessen werden. Sie sind in unsystematischer Auswahl benannt hellenistisch, römisch, keltisch, slawisch, germanisch, islamisch, afrikanisch und anderes mehr. Das Christentum war aber ein Großteil von dem, was man metaphorisch die Seele Europas genannt hat, und ist es bis heute trotz aller Umbrüche und Abbrüche geblieben. Die in Deutschland sehr erregt geführte Debatte, ob es so etwas wie eine europäische Leitkultur gibt oder geben soll, ist mit der Frage nach der Geltung des Christentums in Europa unabweisbar verbunden. Romano Prodi, der Präsident der EU-Kommission, hat im vergangenen Jahr im Vatikan-Pavillon der Weltausstellung in Hannover gesagt, es sollten für die EU-Grundrechtecharta die christlichen Werte zur Grundlage genommen werden: "Sie haben uns viel

gebracht. Vom Christentum stammen der Respekt vor dem Nächsten, das Verantwortungsgefühl für die demokratische Gesellschaft. Und darüber hinaus haben wir aus der Geschichte des Christentums gelernt, daß eine perfekte Gesellschaft nicht existiert“, sagte Prodi. Er hat sich damit in bezug auf die vor kurzem beschlossene Grundrechtecharta der EU freilich nur zum Teil durchgesetzt.

Europa ist die Heimat alter Kulturen. Es ist aber auch der Kontinent der großen Kriege, der Revolutionen und des erobernden Ausgreifens auf alle anderen Kontinente. Es ist die Wiege der heute global wirksamen naturwissenschaftlich-technischen Zivilisation, aber auch der Raum, von welchem die Formulierung der Menschenrechte ausgegangen ist, die wesentlich im biblischen Gedankengut gründen. Europa war nie und ist auch heute nicht eine feste Größe, die man begrifflich oder politisch klar abgrenzen könnte. Versuche, Europa auf den Begriff zu bringen, kreisen um Begriffe wie ”Europäische Identität“ oder ”Gemeinsame europäische Werte“. Man nennt hier vor allem Menschenrechte, Demokratie, Humanismus und Aufklärung. Gerne spricht man von der ”Seele Europas“. Jacques Delors hat als Präsident der Europäischen Kommission gesagt, man müsse Europa eine Seele geben. Dieses Desiderat ist indessen zu einem geflügelten Wort geworden. Die metaphorische Wortprägung ”Seele“ eines Landes oder gar Kontinents wird von Kulturphilosophen, Literaten, Psychotherapeuten und auch von Theologen gerne verwendet. Vielleicht sollte man aber das Wort Seele in einem solchen Zusammenhang durch das freilich ebenfalls nicht randscharfe Wort ”Lebenskultur“ oder ”Identität“ ersetzen. Dazu gehört in Europa das Beste, das in ungefähr dreitausend Jahren aus Synthesen zwischen Jerusalem, Athen und Rom gewachsen ist. Der Felsen von Golgota, die Athener Akropolis und das römische Kapitol seien die drei beherrschenden Anteile am Fundament des gemeinsamen Hauses Europa, ist in schöner Metaphorik gesagt worden. Gemeint sind das Römische Recht, die griechische Weisheit und das Evangelium als Kräfte, die Europa gestaltet haben. Mit der Bergpredigt kann man keinen Staat regieren, hat der deutsche Kanzler Bismarck im 19.Jahrhundert gesagt. Diesem nüchternen Politiker ist aber die komplementäre Wahrheit entgegenzuhalten, daß ein Staat ohne eine Fülle von Fermenten gelebter Bergpredigt nicht gedeihen kann.

Vor einigen Jahrzehnten schien Europa müde geworden zu sein, eine ”Alte Welt“ in doppeltem Wortsinn, scheinbar unaufhebbar gespalten in zwei Machtblöcke und als Westeuropa bedroht durch eine globale Marginalisierung. Das Projekt ”Europäische Einigung“ hat seither wesentlich dazu beigetragen, diese Flaute zu überwinden. Daß einige Staaten, die in zwei Weltkriegen einander feindlich gegenüberstanden, nun in der Europäischen Union eine weiträumige europäische Friedenszone bilden und daß trotz vieler alter und neuer sozialer Wunden der Wohlstand in den EU-Ländern im Ganzen sehr zugenommen hat, gehört zu den großen Aktiva einer politischen Bilanz Europas zu Ende des 20.Jahrhunderts. Diese Bilanz markiert aber nur ein Etappenziel, sie weist über sich hinaus in eine erhoffte bessere Zukunft.

Die Bilanz Europas weist innerhalb wie außerhalb des Raumes der 15 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union freilich auch viele alte und neue Passiva auf. In der Predigt zu meiner Amtseinführung vor zwei Wochen habe ich in der Kathedrale von Graz gesagt: Europa im Ganzen hat es heute schwer und wird es morgen schwer haben, weil Grenzen und Dämme, die das menschliche Leben zumal an seinem Anfang und an seinem Ende geschützt und Ehe wie Familie stabilisiert haben, nun in Frage stehen oder schon zerstört sind. Der Mensch droht zum Produkt einer lukrativen Humanindustrie zu werden. Der Kontinent Europa ist paradoxerweise ein "Morgenland" für wissenschaftliche und ökonomische Innovation und zugleich ein demographisches "Abendland". Länder wie Österreich vergeisen auf bedrohliche Weise. So betrachtet ist der alte Kontinent auch ein müder Kontinent. Und Gott ist vor vielen Türen in Europa ein Fremder wie auf keinem anderen Kontinent. Zugleich gibt es in Europa auch viele Frischzellen in Gesellschaft und Kirche, viele neue Aufbrüche, die freilich noch viel mehr zusammenfinden, zusammenwachsen müßten. "Mors et vita duello confluxere mirando" – "Tod und Leben kämpften in seltsamem Zweikampf" – diese Zeile aus der Liturgie des Ostersonntags gilt generaldiagnostisch auch für die heutige Situation Europas. Als Christen dürfen wir uns dabei nicht in die Rolle von Zuschauern drängen lassen. Wir müssen auf dem Bauplatz Europa mitbauen, damit das Leben gestärkt wird.

IV. Welches Europa wollen wir?

Der Erzbischof von Paris, Kardinal Jean Lustiger, hat mit der ihm eigenen Kraft der Sprache die Franzosen, die Europäer dazu gemahnt, sich erneut auf die christlichen Quellen unserer Kultur zu besinnen, um ein wirksames Heilmittel für die aktuellen Probleme zu finden. Eine praktische Anwendung dieses Desiderats war die erfolgreiche Initiative des Bürgermeisters der französischen Satellitenstadt Evry bei Paris zum Bau einer neuen Kathedrale. Evry war eine häßliche Agglomeration von Bauten ohne ein urbanes Zentrum. Der Bürgermeister wollte ein solches Zentrum, bestehend vor allem aus Rathaus, Bibliothek, Kunstgalerie und einer Kathedrale. Die materiell sehr arme Diözese hatte lange Zeit nicht den Mut, eine solche Initiative mitzutragen, tat es aber dann doch. Diese erste seit 100 Jahren neu erbaute Kathedrale Frankreichs, ein Werk des Schweizer Architekten Botta, ist nun mit dem Rathaus und mit den Häusern für Wissenschaft und Kunst die Mitte und auch ein guter Teil der "Seele" dieser neuen Stadt. Politik, Wissenschaft, Kunst und Religion wirken zusammen in einer neuen Allianz, die seit der Zeit der Aufklärung und der Französischen Revolution zerbrochen oder mindestens schwer gestört war. Jahrzehnte vorher haben die katholischen Arbeiter von Nova Huta bei Krakau gegen die kommunistischen Machthaber den Bau einer großen neuen Kirche durchgesetzt, der für ganz Polen und weit darüber hinaus ein Zeichen der Hoffnung auf eine andere, eine neue Gesellschaft wurde.

Die Kathedrale von Evry und die Kirche von Nova Huta sind Symbole für ein Europa, das viele suchen – ein Europa, das mindestens im Raum der Europäischen Union in ihrer jetzigen und zukünftigen Ausdehnung von solchen Allianzen geprägt sein sollte: Allianzen für eine volle Verwirklichung der Menschenrechte, für eine sich ständig von ihren Idealen her erneuernde Demokratie, die den Prinzipien der Personalität, Solidarität und Subsidiarität verpflichtet ist; Allianzen für die Achtung vor dem menschlichen Leben in allen Phasen von der Empfängnis bis zum Tod, für die Stärkung der Familie, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die ökologische Verantwortung für die Umwelt als Mitwelt und Allianzen für ein solches Vertrauen in die Zukunft, daß die Überalterung der Gesellschaft nicht nur durch Zuwanderung verhindert werden kann; Allianzen schließlich auch für eine weltweite Solidarität in allen echt humanitären Anliegen.

Mächtige Kreise lehnen eine christliche Fundierung und Formierung Europas ab, hat der Apostolische Nuntius in Wien vor kurzem in einem "tour d' horizon" bezogen auf Europa gesagt. Als Christen sind wir aber davon überzeugt, daß ein neues Europa nicht ohne oder gegen die Christen, das Christentum gebaut werden kann. Die christlichen Kirchen und Gemeinschaften in Europa haben trotz vieler Erosionen des sogenannten katholischen und christlichen Milieus viel größere Ressourcen an Spiritualität, Solidarität und Barmherzigkeit als andere große Gemeinschaften auf diesem Kontinent. Diese Ressourcen erfahren besonders auch durch die vom Papst ausgehenden Initiativen eine beständige Aktivierung. Man denke beispielsweise an die Weltjugendtreffen in Santiago di Compostela, Tschestochau, Paris und jüngst in Rom.

Wiederholt hat der Papst gesagt, niemand in Europa sollte Angst davor haben, daß ein erstarktes Christentum eine Macht der Intoleranz werden könnte. Im Gegenteil kann das Christentum ungemein viel dazu beitragen, daß Europa nicht ein Abendland im negativen Sinn dieses Wortes bleibt oder wird, sondern das Morgenland einer besseren Zukunft.

Die Christen helfen nach unserer Überzeugung dem Projekt einer Erneuerung Europas, wenn sie sich innerhalb wie außerhalb des Raums der Europäischen Union nicht an den Rand der Gesellschaft drängen lassen. Dies gilt besonders für Länder wie Frankreich, wo das Prinzip der Laizität auf Kosten der Katholischen Kirche wie eine Mumie konserviert wird, während ein selbstbewußter Islam sich anschickt, der laizistischen Gesellschaft ganz neue und unbequeme Fragen zu stellen.

In diesem Zusammenhang kann aber auf einige Fortschritte betreffend das Verhältnis der Europäischen Union zu Religion im allgemeinen und zu den Kirchen im besonderen hingewiesen werden. Einen solchen Fortschritt markiert die sogenannte "Kirchenklausel", die von der Regierungskonferenz der EU am 17. Juni 1997 in der Erklärung Nr. 11 im III. Teil der Schlußakte des Vertrags von Amsterdam beschlossen wurde. Sie lautet: "Die Europäische Union achtet den Status, den Kirchen und religiösen Vereinigungen oder Gemeinschaften genießen, und beeinträchtigt ihn nicht. Die EU achtet den Status von

weltanschaulichen Gemeinschaften in gleicher Weise.“

Um das Zustandekommen dieser Kirchenklausel hat sich die COMECE, die in Brüssel angesiedelte Kommission der Bischofskonferenzen der EU-Länder, besonders verdient gemacht. Zumal die Vertreter Deutschlands, aber auch Österreichs waren hier sehr kompetent am Werk. Diese "Kirchenklausel" sollte für die Katholische Kirche in den einzelnen Ländern, die der EU bereits angehören oder angehören werden, Anlaß sein, sich nachhaltig mit Fragen einer Verbesserung des Staatskirchenrechtes im eigenen Land und im internationalen Vergleich zu befassen. Der Bogen von der zu überwindenden "Laïcité" in Frankreich bis zur hochorganisierten Beziehung zwischen Kirche und Staat in Deutschland ist sehr breit. Österreich hat ein ziemlich gut funktionierendes Modell partnerschaftlicher Kooperation zwischen Kirche und Staat. Die Österreichische Bischofskonferenz wird im kommenden Jahr ein internationales Symposium zu diesem Fragenkomplex als Dienst an den Ortskirchen in den Nachbarstaaten veranstalten.

Auch die in vieler Hinsicht enttäuschende Grundrechtecharta der Europäischen Union hat durch beharrliche Interventionen der COMECE einige Verbesserungen erfahren. So gelang es, das Recht der kollektiven Religionsfreiheit in Artikel 10 zu verankern. Auch der Hinweis in Artikel 52, daß die Bestimmungen der Europäischen Menschenrechtskonvention als Mindeststandard der neuen Charta zugrunde liegen, ist positiv zu bewerten. Ein ausdrücklicher Bezug der Charta auf das religiöse Erbe Europas wurde durch die französische Regierung abgelehnt. Sie akzeptierte nur einen Hinweis auf das "spirituelle und moralische Erbe", während die deutsche Übersetzung unter Zuhilfenahme eines übersetzungstechnischen Kunstgriffes vom "geistigreligiösen und sittlichen Erbe" spricht. Die Diskussion über die den Europäern gemeinsamen bzw. unterschiedlichen Wertvorstellungen ist damit nicht beendet, sondern eher verstärkt worden.

Kehren wir nochmals zur Frage zurück: Welches Europa sollen wir als katholische Christen gemäß den Maßstäben des Evangeliums erstreben? Ich nenne darauf bezogen sechs Desiderate:

1. Wir wollen ein befriedetes Europa. Der Raum der Europäischen Union ist abgesehen von Destabilisierungen in Nordirland und Spanien bereits eine Friedenszone, und die EU soll mehr und mehr eine Kraft zum Frieden im gesamteuropäischen Raum bis zum Ural und Kleinasien werden. Wir wissen, daß die Kraft für eine "Pax Europaea" wesentlich von der "Pax Christi", vom Dienst der Christen Europas an diesem Frieden, abhängt.
2. Wir wollen Europa als einen Raum sozialer Gerechtigkeit, in welchem auch die Kräfte für eine weltweite Solidarität besonders mit Völkern in großer Not immer stärker werden. Dieser Friede ist gemäß dem Wahlspruch Papst Pius XII. ein Werk der Gerechtigkeit und darüber hinaus eine Frucht von Barmherzigkeit.
3. Wir wollen Europa als einen Raum der Achtung und Förderung menschlichen Lebens von der Empfängnis bis zum Tod. Wir widerstehen einer Zivilisation des Todes, die sich in Europa vielgestaltig ausgebreitet hat.

4. Wir wollen Europa als einen Raum, in welchem der Auftrag Gottes an die Menschheit ernst genommen wird, sie möge die Umwelt als Mitwelt verstehen und sorgsam pflegen. Die Krise der übertechnisierten Landwirtschaft in einigen westeuropäischen Ländern wird, so ist zu hoffen, ein Umdenken und eine Umkehr zu einer ökosozialen Wirtschaft fördern. Dies entspricht gewiß auch den Intentionen Polens mit seinem hohen Anteil von Bauern an der Gesamtbevölkerung.
5. Wir wollen Europa als einen Raum christlicher Ökumene gemäß den Intentionen von Papst Johannes Paul II. Es geht um eine Ökumene, die katholische Identität und katholisches Profil nicht aushöhlt und relativiert, aber offen ist für die geistlichen Reichtümer anderer Kirchen und christlicher Gemeinschaften.
6. Wir wollen Europa auch als einen Raum befriedeter Beziehungen des Christentums zum Judentum und zum Islam. Der Islam gibt unserem Kontinent und zumal der Kirche in Europa große Fragen auf, denen nicht naiv, sondern realistisch zu begegnen ist. Ein schwaches, seiner selbst nicht gewisses Christentum wird zumal von islamischen Kräften gering geachtet.

V. Europa nostra – ein Plädoyer für ein missionarisches Christentum

Der vor einigen Jahrzehnten verstorbene Historiker und Kulturphilosoph Friedrich Heer, ein schwieriger Sohn der Kirche, hat einem seiner Essays den Titel "Europa unser" gegeben. Ich denke, daß wir Christen in Europa heute diesen Titel als ein Element unseres spirituellen Programms übernehmen sollten. Wir sind als Christen am Beginn des dritten Jahrtausends christlicher Geschichte durch unseren Glauben nicht legitimiert, uns in manchen Ländern Westeuropas auf eine Kirche als "kleine Herde" zurückzuziehen, etwa im Vertrauen auf die Vitalität der Kirche in Polen, in der Ukraine, der Slowakei und in Kroatien sowie in Afrika, Südamerika und einigen Ländern Asiens. Der politische Defaitismus betreffend Europa als eine "Alte Welt" ist durch das Projekt "Europäische Einigung" an seiner Wurzel getroffen und umgekehrt worden, auch wenn dieses Projekt von Rückschlägen bedroht ist und bedroht bleiben wird. Es wäre schlimm, wenn diesem politischen Defaitismus phasenverschoben ein kirchlicher Defaitismus folgen würde, weil das katholische Milieu in manchen Ländern Europas in Umformung oder Auflösung begriffen ist.

Das Wort Jesu an die Jünger "Fürchte dich nicht, du kleine Herde" ist vor Ostern gesprochen. Nach Ostern und Pfingsten ist Universalität der Verkündigung des Evangeliums und Wachstum der Kirche "bis an die Grenzen der Erde" angesagt. Kirche ist und bleibt Weltkirche.

Katholisch sein heißt prinzipiell, sich für das Ganze der Welt, der Gesellschaft und der Weltkirche mitverantwortlich wissen. Das heißt einerseits, in der Gesellschaft direkt mitgestalten, wo dies möglich ist, und andererseits in Gottesdienst und Gebet stellvertretend die ganze Menschheit und ihre Welt vor

Gott bringen. Auch eine zahlenmäßig kleiner gewordene oder klein gebliebene katholische Ortskirche ist keine Sekte, weil sie ja ein Teil der großen katholischen Weltkirche ist, die inmitten der umfassenden Gesamtchristenheit geprägt ist vom Willen zur katholischen Synthese und zur kompetenten Kritik auch im vielgestaltigen Bereich der Lebenskultur wie der Hochkultur, vom Willen zur Ausprägung von christlicher Gestalt in Konsequenz der Menschwerdung Gottes und der Erlösung durch Jesus Christus.

”Unmöglich können wir schweigen von dem, was wir gehört und gesehen haben“ – das war die Antwort zweier Apostel, die vom Hohen Rat in Jerusalem inhaftiert worden waren und die man in Freiheit setzen wollte unter der Bedingung, daß sie Christus nicht mehr verkünden würden. Die Empörung über diese Zumutung kommt im Text der Apostelgeschichte bewegend zum Ausdruck. Und der Apostel Paulus hat in einem seiner Briefe bekannt: ”Ein Zwang liegt auf mir. Wehe mir, wenn ich das Evangelium nicht verkünde.“ Das ist ein Dauerauftrag an die Kirche. Wer eine ihn positiv verwandelnde Begegnung mit Gott, mit Christus und mit einer authentisch christlichen Gemeinschaft erlebt hat, der will diese Werterfahrung an andere weitergeben und mit ihnen teilen. Er wird dazu seine ganze Phantasie aufbieten, aber jede Art von Zwang oder List vermeiden müssen, weil er sonst seine Botschaft entehrt. Jedenfalls wird er sich nicht mit einer verbürgerlichten Religiosität begnügen können, die einem Ofen gleicht, der allein sich selbst wärmt. ”Wir möchten Jesus sehen“, haben nach dem Zeugnis des Johannesevangeliums heidnische Griechen zum Jünger Philippus gesagt. Die heutigen Jünger Christi begegnen diesem Wunsch in Europa oft nur in einer impliziten Form. Sie sind gesendet, um ihn zu erfüllen. Und sie dürfen auch im Dialog mit den Weltreligionen nicht darauf vergessen. Sie müssen auch dem Judentum und dem Islam Christus zeigen wollen. Dies freilich auf jene friedvolle Weise, die der heilige Franziskus von Assisi dafür gewählt hat. Evangelisierung ist ein Dauerauftrag an die Kirche auch überall auf dem Bauplatz ”Neues Europa“.

VI. Polen und die ”Europäische Union“

Der Weg zu einer geographischen Erweiterung der ”Europäischen Union“ ist begonnen worden. Diese Entwicklung erscheint als nicht umkehrbar. Ohne den Beitritt Polens und anderer slawischer Länder bliebe diese ”Europäische Union“ aber ein Torso, der den Namen ”europäisch“ nicht verdient. Der bisherige Weg der Union war begleitet von Erfolgen und auch von Fehlern. Die Union hat sich aber im Ganzen als elastisch und lernfähig erwiesen und wird dies auch in Zukunft sein müssen, wenn sie nicht auseinanderbrechen soll. Staatsrechtlich wird die Union wohl weder bloß ein Staatenbund noch gar ein zentralistischer Bundesstaat sein, sondern ein ”ens sui generis“ zwischen diesen beiden Modellen. Die EU-Charta der Menschenrechte ist ein Minimalprogramm, das eine stärkere christliche Profilierung in den einzelnen Ländern nicht ausschließt.

Die Ängste eines Teils der polnischen Bevölkerung vor einer Schwächung der nationalen, kulturellen und christlich-religiösen Identität infolge eines Beitritts des Landes zur EU sind ernst zu nehmen. Ein rapider gesellschaftlicher Wandel vollzieht sich in Ländern wie Polen aber auch ohne Beitritt zu einer solchen Union. Die Katholische Kirche in Polen ist Tendenzen zum Säkularismus prinzipiell ebenso ausgesetzt wie die Kirche in anderen stark katholisch geprägten Ländern Europas. Die französische Trennung von Kirche und Staat wird im Raum der Europäischen Union aber umso weniger typisch sein, je mehr Länder wie Polen oder Österreich mit ihrem Modell einer sehr viel stärkeren Verbindung von Kirche und Staat, von Kirche und Zivilgesellschaft dieser Union angehören.

Große wirtschaftliche Fragen wie etwa die Frage der Zukunft der Landwirtschaft in Polen werden im Fall eines EU-Beitritts Übergangsregelungen erfordern. Im Ganzen stehen Polen und die Katholische Kirche Polens aber vor der Frage, ob man mit dem polnischen Erbe an Kultur und Religion auf dem Bauplatz Europa aktiv mitgestalten oder ob man abseits bleiben will. Ich glaube, man soll mitbauen. Eine Europäische Union der Zukunft und Europa im Ganzen werden viel gewinnen, wenn Polen mit dabei ist.